

## Kulturelle Grundversorgung am Ende? Kampflös?

Oliver Scheytt

Im Heft II/2003 der *Kulturpolitischen Mitteilungen* hat Albrecht Göschel einen ebenso bedenkenswerten wie düsteren Kommentar verfasst.<sup>1</sup> Er sagt dort das Ende der kulturellen Grundversorgung und den Bankrott einer Kulturpolitik voraus, deren regulative Idee die Teilhabe aller ist und die sich als gestaltende Gesellschaftspolitik versteht.

Kurzgefasst liest sich das von Albrecht Göschel für unausweichlich erklärte Szenario so: Globale Wirtschaftskonkurrenz und demographischer Wandel zwingen die Bundesrepublik, ihre öffentlichen Ausgaben auf das Unverzichtbare zurückzuführen. Darunter würden die Städte infolge sinkender Einwohnerzahlen und kaum bezahlbarer Folgekosten kommunaler Investitionen besonders leiden. Die Krise der öffentlichen Haushalte werde vor allem die als »freiwillig« taxierten kulturellen Leistungen der Gemeinden in Mitleidenschaft ziehen. Das wiederum erfordere die Revision der kulturpolitischen Reformen der letzten Jahrzehnte. Diese Gesamtentwicklung könne auch auf der diskursiven Ebene nicht ohne Folgen bleiben: Der produktive Widerspruch zwischen dem Ethos einer Solidarität, die auf Gleichheit zielt, und dem Ethos einer auf Individualismus basierenden Bürgergesellschaft wird unaufhebbar.

Träfe diese Prognose zu, wären Programmatik und Ziele der Kulturpolitischen Gesellschaft elementar infrage gestellt. Deshalb berühren Albrecht Göschels Thesen unser Selbstverständnis in grundlegender Weise.

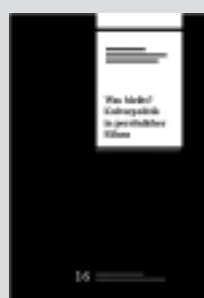
Es ist wichtig, uns vor Augen zu führen, was das Ende der kulturellen Grundversorgung<sup>2</sup> bedeuten würde. Es ist auch wichtig, die überaus dramatische Lage der kommunalen Finanzen zur Kenntnis zu nehmen. Resignieren sollten wir aber nicht. Mein erster Kritikpunkt geht deshalb dahin, dass Albrecht Göschel seine These vom Ende der kulturellen Grundversorgung mit keinem noch so kleinen Fragezeichen versieht. Man hat bei ihm den Eindruck, als bliebe uns nur ein Sich-Schicken ins Unabwendbare. Damit wird der Text unpolitisch – so als sei das Wegschrumpfen der kommunalen Leistungen Schicksal. Die Öffentlichkeit wird es aber kaum hinnehmen, wenn jahrzehnte-, teils sogar jahrhundertalte kulturpolitische Errungenschaften beseitigt würden. Hier setzt auch der Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages zur Kultur-Enquete-Kommission an, der ebenfalls auf das Stichwort »Kulturelle Grundversorgung« rekurriert.

Die sehr schwierige Situation der öffentlichen Haushalte führt zu radikalen Sparvorgaben für die Kultur. Den Hintergrund bilden die grundsätzlichere Problematik der gesellschaftlichen Verteilung von Kapital und Vermögen, außerdem die Aufteilung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Hier gilt es, dauerhaft politischen Druck zu machen und sich als Kulturpolitiker aktiv – aktiver als bisher – in die Debatten um die Gemeindefinanzen insgesamt um Verteilungsgerechtigkeit einzumischen oder auch

die Gefahr der Konzentration der Bundeskulturförderung auf Berlin zu thematisieren. Das sollten wir aus politischen und aus ethischen Gründen tun. Dazu fordern nicht nur die Anwälte des Ethos einer auf Gleichheit zielenden Solidarität auf, sondern auch Verfechter einer auf Integration bedachten liberalen Bürgergesellschaft wie Ralf Dahrendorf. Er hat jüngst in seinem Buch *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung* festgehalten: »Wenn wir in einem zivilisierten Gemeinwesen leben wollen, dann müssen wir tun, was wir können, um die Ausgeschlossenen hereinzuholen in die Chancenwelt des sozialen Lebens.«

Albrecht Göschel, das ist mein zweiter Kritikpunkt, bleibt vage, wenn es ums Konkrete geht. So umreißt er nirgends, was er denn unter »kultureller Grundversorgung« versteht. Zugleich zeigt er, vielleicht ungewollt, mit dieser Vagheit die trotz allem vorhandenen politischen Spielräume an. So schreibt er: »Ökonomischer Wandel und Globalisierung setzten Deutschland einer internationalen Konkurrenz aus, die noch auf längere Zeit dazu zwingen wird, die Staatsquote zu senken oder zumindest nicht weiter steigen zu lassen.« Der Erhalt der Staatsquote auf gegebenem Niveau ist nicht mit deren kontinuierlicher Senkung identisch. Exakt an dieser Differenz wird sich das Schicksal zahlreicher Kultureinrichtungen entscheiden. Und hier lohnt es sich, zu kämpfen. Wir sollten angesichts nicht gerade günstiger gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und einer dramatischen Lage der öffentlichen Haushalte alles unternehmen, damit Albrecht Göschels *worst case*-Szenario nicht Wirklichkeit wird. Wir brauchen eine neue kulturpolitische Offensive.

Grundvoraussetzung ist ein kulturpolitisches Begründungsmuster, das nicht nur von der öffentlichen Hand, vom bürgerschaftlichen Engagement oder von der Ökonomie her gedacht ist. Kultur muss ihre eigenständige, gesellschaftskritische Rolle jenseits ökonomischer Zweckrationalität behaupten. So verstanden haben »kulturelle Profile« und »kulturelle Identität« entgegen Göschels Auffassung mehr als »symbolischen« Charakter: Sie leiten den Blick auf die Frage, was uns und unsere Städte ausmacht und von innen heraus sowie historisch prägt. Wir sollten Kulturpolitik daher radikal von den Künsten und ihren – nicht nur den eigenen Gegenstandsbereich erschließenden – ästhetischen, reflexiven und



### Was bleibt? Kulturpolitik in persönlicher Bilanz

Herausgegeben von Oliver Scheytt unter Mitarbeit von Michael Zimmermann  
• 319 Seiten • 18 Euro • Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch 16) • ISBN 3-89861-053-5

Zweieinhalb Jahrzehnte »Neue Kulturpolitik« bieten Anlass zum konzeptionellen Austausch zwischen führenden bundesdeutschen Kulturpolitikerinnen und -politikern. Zurückblickend und zukunftsbezogen, praxisorientiert und theoriegeleitet erörtern sie in den 33 Beiträgen dieses Buches, in welchen Punkten sie der kulturpolitische Aufbruch der siebziger Jahre beflügelt hat, wo sie ihm kritisch gegenüber stehen, in welche Richtung sie sich neue

Impulse erhoffen und mit welchen Paradigmen und Konzepten sie heute ihre Arbeit fundieren.

In den Beiträgen renommierter Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker werden diese Fragen in fünf Kapiteln diskutiert: **Rückblicke:** Neue Kulturpolitik - eine Bilanz zwischen den Zeiten; **Qualitäten:** Kulturpolitik zwischen alten Strukturen und neuen Leitbildern; **Netzwerke:** Kultur zwischen öffentlichem Auftrag, Bürgergesellschaft und Markt; **Transformationen:** Kulturpolitik in Berlin und in den neuen Bundesländern; **Entwürfe:** Erörterungen einer künftigen Kulturpolitik

Autorinnen und Autoren sind u.a.: Hermann Glaser, Jürgen Kolbe, Siegfried Hummel, Heinz Theodor Jüchter, Helga Schuchardt, Olaf Schwencke, H. Peter Rose, Christina Weiss, Jochem von Uslar, Hans-Bernhard Nordhoff, Georg Leipold, Jürgen Grabbe, Bernd Meyer, Dieter Sauberzweig, Iris Magdowski, Albrecht Göschel, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff und Hilmar Hoffmann.

identitätsstiftenden Möglichkeiten her denken. Die Rolle der Künste in Kultur und Gesellschaft sollte der zentrale Bestimmungsfaktor der Kulturpolitik sein.<sup>3</sup>

Albrecht Göschel bezeichnet, drittens, die vollständige Umschichtung der kommunalen Kulturfinanzierung auf freiwillige Beiträge als den Kern der Diskussion um das Thema »Bürgergesellschaft«. Tatsächlich ist diese Debatte erheblich breiter und nuancierter. Erinnerung sei an die demokratietheoretischen Überlegungen zur Freiwilligenarbeit und zur bürgerschaftlichen Partizipation, die sich nicht auf Fiskalisches reduzieren lassen. Die »Bürgergesellschaft« ist auch die »Wählergesellschaft«, die an Kultur und deren öffentlicher Finanzierung deutliches Interesse hat und bei entsprechender »kulturpolitischer Mobilisierung« auch artikuliert. Außerdem möchte ich das in abstrakten Erörterungen um die Bürgergesellschaft oft vergessene Feld der kulturellen Bildung in Erinnerung rufen. Dort erbringen freie Träger unverzichtbare kompensatorische Leistungen. Dazu sind sie aber auf öffentliche Zuschüsse angewiesen; Markt und freiwillige Leistungen allein reichen dort bei weitem nicht.

Kulturelle Bildung, die kreative Allianz zwischen Bildung, Kunst und Kultur, ist ein wesentliches Kraftfeld der Kulturpolitik. Bildung, das möchte ich entgegen der oft sehr engen Diskussion um die PISA-Studie betonen, ist nicht nur auf kognitives Wissen und berufliche Verwertbarkeit, sondern auch auf ästhetische Erfahrung und Kompetenz, auf ethische Reflexion und Wertevermittlung auszurichten. Darauf zielt kulturelle Bildung. Ästhetische Erfahrung stärkt den Eigen-Sinn, die Wahrnehmungs- und die Kritikfähigkeit. Das Sich-Einlassen auf die Künste sollte sich durch alle Bildungsangebote ziehen.

Staat und Kommunen müssen sich ihres öffentlichen Auftrags in der Kunst- und Kulturförderung sowie für die kulturelle Bildung bewusst bleiben. Entscheidend ist das sorgfältige Nachdenken über die Auftragsgrößen, von denen aus kulturpolitisches Handeln zu begründen ist. Göschel argumentiert hier fast »völlig losgelöst« von den Prozessen politischer Gestaltung: Dabei geht es um die Gestaltung von Rahmenbedingungen auch für Kulturentwicklung. Dies ist auch eine Frage von Mehrheitsfindung und -beschaffung. Entscheidend ist, ob trotz angespannter Finanzlage Ressourcen für die Kulturaufgaben zur Verfügung gestellt werden. Notwendig hierfür sind Konzepte und Begründungen. Diese vorzulegen und zu entwickeln ist Aufgabe der Kulturpolitik, die nicht resignativ und kampfflos das Terrain der Sparpolitik überlassen sollte. Die öffentliche Finanzkrise als Ende der Kulturfinanzierung darzustellen hieße, politische Gestaltungsfreiräume zu missachten. Gesetzliche Regelungen, die die

»Freiwilligkeit« der Aufgabenwahrnehmung im Kulturbereich in die »Pflichtigkeit« überführen, sind durchaus möglich und haben auch für die Praxis Auswirkungen, wie das sächsische Kulturraumgesetz zeigt. Für die Künste und die kulturelle Bildung möchte ich noch einmal als Leitlinien hervorheben:

- die Sicherung künstlerischer Entfaltungsmöglichkeiten und eines präzise zu bestimmenden Bestandes kultureller Einrichtungen, Leistungen und Angebote;
- die Entfaltung ästhetischer Wahrnehmung und die Förderung der kreativen Selbsttätigkeit möglichst vieler Individuen;
- die Gewährleistung von Offenheit und Vielfalt in Kunst und kultureller Produktion, und das heißt auch: die Förderung von Innovativem, Irritierendem und Kreativem, das es schwer hat, sich durchzusetzen;
- die Wahrung des offenen und möglichst chancengleichen Zugangs insbesondere zu den Einrichtungen der kulturellen Bildung.

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch das Verhältnis von öffentlicher Verantwort-

ung und Bürgergesellschaft, von Solidarität und Individualitätsprinzip rational diskutieren.

Albrecht Göschel hat in seinem Kommentar Fragen angesprochen, die von elementarer kulturpolitischer Bedeutung sind. Ich möchte sein düsteres Szenario als Aufforderung an uns verstehen – als Aufforderung zu kulturpolitischen Konzepten und zu politischem Handeln. Wir sollten nicht vorschnell resignieren. Man kann nicht versteinerte Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn man selbst versteinert.

#### Anmerkungen

**1** Offensichtlich handelt es sich (auch) um einen Kommentar zu meinem Beitrag »Künste und kulturelle Bildung als Kraftfelder der Kulturpolitik« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«* vom 17. März 2003 (B12/2003, S. 6ff.)

**2** Zur Begriffsgeschichte vgl. auch meinen Beitrag in: *Kulturpolitische Mitteilungen* 100 (I/2003), S. 50ff.

**3** Siehe dazu ausführlicher den Beitrag in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, a.a.O., Seite 8ff.

## FONDS SOZIOKULTUR

### Öffentliche Ausschreibung November 2003

## Bundesweiter Wettbewerb um die besten Projektideen

Der Fonds Soziokultur fördert zeitlich befristete Projekte, in denen neue Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur entwickelt und erprobt werden. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und beispielhaft sein für andere soziokulturelle Projekte und Einrichtungen. Damit will der Fonds Soziokultur einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen ermöglichen.

Kulturelle Initiativen, Zentren und Vereine, die im nächsten Jahr ein soziokulturelles Projekt durchführen und im ersten Halbjahr 2004 mit ihrem Vorhaben beginnen möchten, können ab September Förderanträge stellen. **Einsendeschluß ist der 1. November 2003** (es gilt das Datum des Poststempels). Anfang Januar 2004 entscheidet das Kuratorium des Fonds abschließend über die eingegangenen Anträge. Vorbehaltlich der Verabschiedung des Bundeshaushaltes können im Förderjahr 2004 voraussichtlich insgesamt Projektmittel in Höhe von 400.000,- Euro vergeben werden, die von der Kulturstiftung der Länder aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und der Medien bereitgestellt werden.

Nähere Informationen zur Antragsstellung und die Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 2004 können über die Geschäftsstelle des Fonds oder über folgende Internet-Adresse bezogen werden: [www.soziokultur.de/fonds](http://www.soziokultur.de/fonds)

#### Fonds Soziokultur e.V.

Weberstr. 59a • 53113 Bonn

Fon 0228 201 67 35 • Fax 0228 201 67 36

[info@fonds-soziokultur.de](mailto:info@fonds-soziokultur.de) • [www.fonds-soziokultur.de](http://www.fonds-soziokultur.de)